

Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung

Jörn Wegner

„Augusterlebnis“ und der „Geist von 1914“ sind Begriffe, die das Geschichtsbild vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart prägen: Massenhaft habe patriotische Begeisterung die Bevölkerung erfasst, vor allem in Deutschland. Soziale und ökonomische Grenzen hätten keine Rolle mehr gespielt, politische Ideologien seien bedeutungslos geworden, wenn es um das „Vaterland“ ging. Die wenigen erhaltenen Filmaufnahmen der Zeit scheinen dieses Bild zu bestätigen: Jubelnde Menschenmengen auf den Bahnhöfen des Reiches verabschieden sich siegesicher zeigende Soldaten, und ganze Bataillone marschieren blumengeschmückt aus den Städten hinaus. Statt Angst und Verzweiflung schien Freude, Abenteuerlust und der Optimismus vorzuherrschen, nach einem siegreichen Feldzug bis Weihnachten wieder zu Hause zu sein.

Neben einigen anderen hat im Jahre 2000 besonders umfassend Jeffrey Verhey dieses Bild korrigiert. Der US-amerikanische Historiker schrieb von der „Erfindung der Volksgemeinschaft“ und untersuchte die vermeintliche Kriegsbegeisterung im August 1914 auch im Hinblick auf Klassenzugehörigkeiten und ihre jeweiligen kulturellen Wirkmächtigkeiten. Verhey ging dabei am Anfang seiner Studie auf ein Problem ein, das bei der Beschäftigung mit dem Ausbruch des Krieges auftritt: die Quellenlage und deren die Entstehungsgeschichte. Bei den Dokumenten, die das Bild der Juli- und Augusttage von 1914 bis heute bestimmen, handelt es sich vorwiegend um Memoiren, deren Verfasser selbst von der nationalistisch-chauvinistischen Inszenierung der letzten Tage vor Ausbruch des Krieges geprägt waren. Zudem fehlen persönliche Aufzeichnungen – Briefe, Tagebücher, Notizen¹ – aus der Arbeiterschaft, einem weitgehend schriftlosen Milieu. Entsprechend schwierig ist es, eine Antwort auf die Frage nach den tatsächlichen Haltungen der Arbeiter zum Weltkrieg in den letzten Tagen vor dem 4. August 1914 zu finden, dem Tag der fol-

1 Siehe Jeffrey Verhey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000, S.30.

genreichen Entscheidung der SPD-Fraktion im Reichstag, den Kriegskurs der Reichsregierung zu unterstützen.

Dass in Teilen Europas ein Krieg drohte und die Phase der relativen Sicherheit ein Ende hatte, war seit dem 25. Juli 1914 überdeutlich geworden. Diesen Eindruck erwecken zumindest Artikel in den zeitgenössischen sozialdemokratischen Zeitungen. In den Straßen der Städte versammelten sich Menschenmengen, die den Verkäufern die Extrablätter der Zeitungen aus den Händen rissen, um das Neueste von den Entwicklungen in der Julikrise zu erfahren. Am Abend des 25. Juli waren es, wie der „Vorwärts“ berichtete, Tausende, die in Berlin auf Nachrichten warteten und lebhaft Diskussionen führten: „Wenns losgeht in meiner Familie müssen 7 mit, und ich habe 4 kleine Kinder.“ Eine dumpfe Erbitterung, wie sie aus diesen Worten klang, durchzitterte am gestrigen Abend viele Tausende“;² beschrieb das SPD-Zentralorgan einen Passanten zitierend die Stimmung vieler Menschen in Berlin, gut eine Woche vor der Kriegserklärung Deutschlands.

Noch am selben Abend fanden sich aber schon Gruppen zusammen, die mit chauvinistischen, nationalistischen und antisozialistischen Parolen durch die Straßen marschierten. Der „Vorwärts“ berichtete aus Berlin von zehn Studenten, die zum Reichskanzlerpalais in der Wilhelmstraße gezogen waren und „Nieder mit den Sozis“ skandiert hatten.³ In diesen Tagen kam es vielerorts zu Übergriffen auf Kriegsgegner bzw. auf diejenigen, die dafür gehalten wurden. Besonders ausgeprägt war die nationalistische Stimmung in den Universitätsstädten.⁴ Sozialdemokratische Zeitungen beschrieben die chauvinistische Meute immer wieder als Studenten und Kleinbürger.

Die aufgeheizte Stimmung dokumentiert ein Zwischenfall in München: Im Café Fahrig, einem der größeren Kaffeehäuser der Stadt, verbot der Inhaber nach einer Schlägerei zwischen Serben und Deutschen seinen Gästen, weiterhin Lieder mit nationalistischen Inhalten zu singen, damit sein Lokal nicht weiteren Schaden nehmen würde. Kriegsbefürworter und Nationalisten interpretierten das Verbot allerdings dahingehend, dass der Wirt selbst Serbe sei. Das reichte aus, dass dieser selbst Opfer der Schläger wurde.⁵ Wer sich solchen Gewaltausbrüchen entziehen wollte, blieb zu

2 Vorwärts, 26.7.1914.

3 Ebenda.

4 Siehe Roger Chickering: *Imperial Germany And The Great War 1914-1918*, Cambridge 2004, S.13.

5 Siehe Vorwärts, 28.7.1914.

Hause, war dort allerdings auch von den neuesten Informationen abgeschnitten. Um nationalistischen Exzessen zu entgehen, blieb daher vielen nichts anderes übrig, keinen Verdacht aufkommen zu lassen, sie würden auch nur leiseste Sympathien für Serbien, Russland und zunehmend auch Großbritannien oder Frankreich hegen.

Antikriegsproteste am Vorabend des Weltkriegs

Die Sozialdemokratie versuchte, solchen Erscheinungen mit Protesten gegen den drohenden Krieg entgegenzutreten. Am und um den 28. Juli herum organisierten die meisten sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas Demonstrationen und Versammlungen. Sie waren die Konsequenz aus dem Beschluss des Baseler Kongresses der Internationale, im Fall eines drohenden Krieges „alles aufzubieten“, um den Krieg zu verhindern. In Deutschland waren für den 28. Juli 1914 reichsweit Versammlungen angekündigt, für die in Extraausgaben der sozialdemokratischen Zeitungen, auf öffentlichen Plakaten, in Gewerkschaftsorganen oder mit Flugblättern geworben wurde. Allein in Berlin waren für den Aktionstag 27 Kundgebungen geplant. Die Aktivitäten der SPD riefen sofort die politische Rechte auf den Plan, die nach Verboten der Veranstaltungen verlangte – oft erfolgreich.⁶ Auch die Gewerkschaften, die Tage später die ersten sein sollten, die in das Burgfriedensbündnis einstiegen, beteiligten sich an den Manifestationen für den Frieden. Auf dem Leipziger Gewerkschaftsfest Ende Juli versammelten sich nach Angaben der Veranstalter 37.000 Menschen, um gegen den Krieg zu protestieren. Sie sangen den Sozialistenmarsch und bekundeten die weit verbreitete Sorge, dass im Kriegsfall Armut und Arbeitslosigkeit noch steigen werden.⁷ Der Holzarbeiterverband, der gerade einen Arbeitskampf auszufechten hatte, verschob kurzfristig seine für den 28. Juli angesetzte Streikversammlung, um den Arbeitern die Teilnahme an den Friedenskundgebungen zu ermöglichen.⁸

Ebenso kurzfristig und entschlossen reagierte die Staatsmacht in vielen Städten, vor allem in Berlin. Dort verbot Polizeipräsident Traugott von Jagow kurzerhand sämtliche angekündigten und spontanen Demonstrationen. Er untersagte nicht nur die sozialdemokratischen Veranstaltungen, sondern auch die chauvinistischen Märsche in der Innenstadt. Zuvor allerdings war die preußische Polizei in der Hauptstadt vor allem dadurch

6 Siehe ebenda.

7 Siehe ebenda, 27.7.1914.

8 Siehe Mitteilung der Gewerkschaft, in: Vorwärts, 28.7.1914.

aufgefallen, dass sie den kriegsbegeisterten Mob hatte gewähren lassen. Trotz der Verbote herrschte am 28. Juli in Berlin keine Ruhe. Im Gegenteil sorgten die vielen Proteste gegen den Krieg, die sich ihren Weg durch die Stadt bahnten, für einen Ausnahmezustand.

Bereits ab 8 Uhr morgens besetzte die Polizei die Innenstadt und riegelte sie weiträumig ab. Sie ging davon aus, dass die Arbeiter aus den Vororten und den mit Ausnahme des Westens ringförmig um die Innenstadt angeordneten Arbeitervierteln sternförmig in Richtung Brandenburger Tor, Wilhelmstraße und Unter den Linden strömen würden. Demonstrierende Arbeiter trafen am 28. Juli auf das vom grassierenden Chauvinismus aufgestachelte Kleinbürgertum. Aufgehetzte Nationalisten und Kriegsbefürworter griffen die Arbeiter an, sodass die Polizei an vielen Orten in der Stadt beide Seiten voneinander trennen musste.⁹ Ein Polizeibericht beschreibt, dass es den Arbeitern immer wieder gelang, in die Innenstadt vorzudringen, wo sie sich unter Spaziergänger mischten und ständig neue spontane Demonstrationen bildeten. Demonstranten waren vorrangig diejenigen, die keinen Einlass mehr in die Säle der zahlreichen sozialdemokratischen Protestversammlungen gefunden hatten. Die „Internationale“ und andere Arbeiterlieder erklangen auf der Prachtstraße Unter den Linden, immer wieder beantwortet durch nationalistische Gesänge von Gegendemonstranten.¹⁰ Die „Wacht am Rhein“, die Preußenhymne „Heil Dir im Siegerkranz“ und auch „Deutschland, über alles“¹¹ stießen auf den gesungenen Internationalismus der Arbeiter, wobei die preußische Polizei sichtbar befriedigt feststellte, dass die kriegsbegeisterten Töne lauter waren als jene der Arbeiter.¹² Obwohl jegliche Demonstrationen formal verboten waren, gewährten Polizeipräsident Jagow und die preußische Polizei der Minderheit der Chauvinisten einen öffentlichen Raum, der keineswegs ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprach. Auf diese Weise sorgten die staatlichen Repressionsorgane dafür, dass sich vor den Objekten der Fotografen und Kameralente nicht die wütenden Arbeiter aus Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Neukölln, Kreuzberg und Wedding aufhielten, sondern Studenten und Kleinbürger aus den Villenvierteln des Westens und den Neubausiedlungen in den Randbezirken.

9 Siehe ebenda, 29.7.1914.

10 Polizeibericht vom 28. Juli 1914, Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15805, Bl. 176.

11 Zur Bedeutung siehe z. B. Theodor Schieder: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Göttingen 1992, S.84.

12 Polizeibericht vom 28. Juli 1914, Bl. 72, 76.

Die Polizei verzeichnete am 28. Juli Demonstrationen im gesamten Berliner Stadtgebiet – von jeweils einigen hundert bis über 1.000 Teilnehmern – und hatte große Mühe, der unübersichtlichen Lage Herr zu werden. An vielen Orten fehlte ihr das Personal, um die Demonstrationen zu unterbinden oder gar aufzulösen.¹³ Die starke Polizeirepression widersprach wie schon zuvor das Demonstrationsverbot Zusagen aus dem preußischen Innenministerium, war doch bei einem Treffen zwischen Hugo Haase und Otto Braun seitens der SPD sowie Regierungsvertretern am 26. Juli versprochen worden, die sozialdemokratischen Proteste nicht zu behindern.¹⁴ Dies sollte ein Zeichen einer sich anbahnenden Kooperation sein, schließlich hatte die SPD beteuert, ihre Demonstrationen und Versammlungen im Rahmen zu halten.

Das allgemeine Chaos am 28. Juli auf den Straßen Berlins war auch darauf zurückzuführen, dass die Säle der Protestversammlungen oft überfüllt waren und dass es vorher und nachher bei vielen Menschen ein großes Bedürfnis gab, ihre Gegnerschaft zum Krieg nach draußen zu tragen. Straßendemonstrationen waren für die damalige Protestkultur ungewöhnlich und passten kaum in das Konzept der disziplinierten „Arbeiterheer“ der SPD, die auf Konfrontationen mit der Polizei verzichteten. Die sozialdemokratischen Vorstellungen von Demonstrationen waren Teil des in den SPD-Medien allgegenwärtigen Diskurses, der klassenübergreifend Unordnung, Zügellosigkeit und Chaos verurteilte.¹⁵ Demgegenüber galt es als Zeichen der sittlich-moralischen Überlegenheit des Proletariats, Ordnung und Disziplin zu wahren. Bei den vielen spontanen Friedensdemonstrationen im Juli und August 1914 kündigten die Demonstranten „ihrer“ Partei dieses Konzept einfach auf.

Für den 28. Juli 1914 gab die Polizei hinsichtlich der Saalveranstaltungen in Groß-Berlin, zu dem auch viele Städte und Gemeinden des Umlandes gehörten, eine offizielle Zahl von 27.400 Teilnehmern an.¹⁶ Diese Zahl war für die damaligen baulich begrenzten Möglichkeiten vergleichsweise hoch, folgt man aber den Zahlen, die etwa der „Vorwärts“ veröffentlichte, so dürften es noch einige mehr gewesen sein. Im „Volks- haus“ in Charlottenburg kamen nach diesen Angaben 5.000 Menschen

13 Ebenda., Bl. 121, 124.

14 Siehe z. B. Willibald Gutsche: *Der gewollte Krieg. Der deutsche Imperialismus und der 1. Weltkrieg*, Köln 1984, S.115.

15 Siehe Thomas Lindenberger: *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900-1914*, Bonn 1995, S.398.

16 Polizeibericht vom 29. Juli 1914, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15805, Bl. 164.

zusammen, nach Ende der Versammlung waren sogar 10.000 Personen vor Ort, welche versuchten, eine Straßendemonstration durchzuführen. Dies wurde allerdings von der Polizei unterbunden, die mit großer Brutalität und dem Einsatz von Säbeln gegen die Protestierenden vorging. Nach einer Versammlung in Neukölln sollen es Zehntausende gewesen sein, die einen Demonstrationzug formierten. In Steglitz fanden sich 4.000 Menschen zu einer Versammlung und anschließenden Demonstration ein, unter ihnen Angehörige des Bürgertums. Auch hier ging die Polizei mit großer Gewalt vor, blockierte die Straßen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. In Pankow, vom SPD-Zentralorgan als „bürgerlich durchsetzter Vorort“ beschrieben, war das recht große Lokal „Zum Kurfürsten“ mit Menschen überfüllt, zusätzlich wurde der Garten geöffnet. Ähnlich berichtete der „Vorwärts“ aus Treptow von über 1.000 Menschen in einem überfüllten Saal, aus Köpenick von 6.000 im überfüllten Stadttheater oder aus Spandau, wo sich 2.000 Menschen versammelten. In Oberschöneweide hätten die 4.000 Menschen im Saal nur den kleineren Teil derjenigen ausgemacht, die eigentlich an der Versammlung teilnehmen wollten und entsprechend vor der Tür warteten. Selbst im dörflichen Eichwalde-Schmöckwitz, fernab der Arbeiterviertel, fanden sich noch 500 Personen zu einer Versammlung ein.¹⁷ Wenn man diesen Zahlen auch nur vorsichtigen Glauben schenkt, so dürften sich allein in den Sälen im Umkreis der Berliner Innenstadt mehr als 50.000 Menschen versammelt haben. Gemeinsam mit der deutlich größeren Menge, die sich an den zahlreichen spontanen Versammlungen und Demonstrationen auf der Straße beteiligte, lässt sich eine sechsstellige Teilnehmerzahl allein für Demonstrationen und Versammlungen in Berlin und Umgebung abschätzen, die kaum den Eindruck einer übergroßen Kriegsbegeisterung bestätigt.

Unweigerlich stellt sich die Frage, was es wohl für die Inszenierung des „Augusterlebnisses“ und für das Geschichtsbild des August 1914 bedeutet hätte, wären die Veranstaltungen und Demonstrationen in der Berliner Innenstadt nicht verboten worden. Nicht unwahrscheinlich, dass noch einmal einige zeh-, vielleicht hunderttausend Menschen mehr mobilisiert worden wären. So blieb der legale Protest auf die damals noch eigenständigen Orte um Berlin herum beschränkt, während die spontanen Demonstrationen in der Berliner Innenstadt nur aufgrund der Überforderung der Polizei hingenommen wurden.

17 Alle Angaben nach: Vorwärts, 29.7.1914.

Aber nicht allein Berlin versetzte die Bewegung der Arbeiter gegen den Krieg in einen regelrechten Ausnahmezustand. Auch in anderen Städten des Reiches gab es große Demonstrationen. „Auf dem Altmarkte gröhlete nachts wieder eine Kolonne unreifer Burschen“, vermeldete zum Beispiel der „Vorwärts“ vom 28. Juli aus Dresden.¹⁸ Die damit gemeinten kriegsbegeisterten Kleinbürger, über die in dieser Zeit in den sozialdemokratischen Medien regelmäßig Häme und Spott ausgegossen wurden, waren die Nachhut eines großen Protesttages in der sächsischen Großstadt. Zehn Versammlungen hatte die SPD in Dresden gegen den Krieg organisiert, zu denen insgesamt 35.000 Menschen geströmt waren, so das Zentralorgan. Die Meldungen von überfüllten Sälen und vom teilweise eingestellten Straßenbahnverkehr deuten darauf hin, dass sich in den Straßen, ähnlich wie in Berlin, sehr viel mehr Menschen aufhielten und die Stadt in eine Ausnahmesituation brachten.¹⁹ Im nahen Leipzig musste sich die Arbeiterbewegung im Vorfeld der Proteste ebenfalls mit Versammlungsverboten auseinandersetzen. Der Stadtrat untersagte kurzfristig die geplanten Friedenskundgebungen des 28. Juli, was zur Folge hatte, dass diese auf den 29. verlegt wurden. Die „Leipziger Volkszeitung“ schätzte die Gesamtzahl der Teilnehmer auf mindestens 50.000 und beschrieb wieder das schon aus anderen Orten bekannte Bild der überfüllten Säle, riesigen Massen und der daraus folgenden Verkehrsstörungen. Nach sozialdemokratischen Zahlenangaben waren also ähnlich wie in Dresden etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung auf der Straße. In Leipzig fand zwar auch eine Gegenkundgebung von Kriegsbefürwortern statt, die aber laut „Leipziger Volkszeitung“ auf gerade 60 Teilnehmer kam.²⁰ Sachsen meldete darüber hinaus aus Zwickau, Reichenbach, Plauen und Meißen zahlreiche überfüllte Versammlungen.²¹

Aus Köln wurde berichtet, dass die Stadt noch nie eine so große Kundgebung erlebt habe. Spontan mussten Parallelversammlungen organisiert werden, da laut „Vorwärts“-Bericht der Andrang deutlich größer als die geplanten Räumlichkeiten gewesen sei. Trotz Repressionen der Polizei und zahlreicher Verhaftungen im Vorfeld, wollten nach der offiziellen Versammlung etwa 10.000 Menschen unangemeldet durch Köln ziehen. Die Polizei versuchte dies zu verhindern, schützte aber gleichzeitig eine kleinere Demonstration von kriegsbegeisterten „Hurraschreiern“, wie sie

18 Ebenda, 30.7.1914.

19 Zahlen nach: Vorwärts, 30.7.1914.

20 Siehe Leipziger Volkszeitung (LVZ), 28. und 30.7.1914; Vorwärts, 30.7.1914.

21 Siehe Vorwärts, 31.7.1914.

der „Vorwärts“ bezeichnete, die aber nach dessen Angabe gerade 1.000 Personen umfasste.²² Solche Ungleichbehandlungen waren also nicht nur in Berlin Teil der Strategie, um den Eindruck einer großen kriegsbegeisterten Masse zu erwecken.²³ Zudem wurde von Versammlungen in Bielefeld und Minden mit 7.000 bzw. 500 und in Barmen mit 6.000 Teilnehmern berichtet. Dort griff die Polizei nach der Versammlung die nach Elberfeld heimkehrenden Arbeiter unvermittelt an und setzte brutale Gewalt ein.²⁴

Weitere Zentren der Proteste waren Hamburg und Altona. Dort fanden insgesamt 19 Versammlungen statt, die ebenfalls alle überfüllt waren. Ein Zwischenfall wurde aus „Sagebiels Fährhaus“ vermeldet, das über 1.000 Plätze allein im Garten bot. Dort störten „nationalistische Handlungsgehilfen“ die Versammlung.²⁵ Die Umgebung Hamburgs, die norddeutschen Industrie- und vor allem Werftstädte, sahen noch eine Reihe weiterer großer Veranstaltungen. In Bremen fanden sieben Versammlungen mit insgesamt 10.000 Teilnehmern statt. Auf Teilnehmer einer Demonstration in die Innenstadt im Anschluss an die Versammlung prügelte die Polizei mit harter Gewalt ein, ließ aber gleichzeitig eine nationalistische Demonstration gewähren. Der damals junge linke Sozialdemokrat Wilhelm Eildermann erinnerte sich an überfüllte Versammlungen, an denen sowohl Arbeiter als auch Angehörige des Kleinbürgertums in „größter Erregung“ gegen die Kriegsgefahr protestierten und den Referenten ständig durch Zustimmungsrufe unterbrachen.²⁶ Der Werftarbeiter Sepp Miller war auf einer Saalveranstaltung in Bremen, auf der zum Bürgerkrieg aufgerufen wurde, sollte ein Krieg ausbrechen.²⁷ In Bremerhaven fanden sich 3.500 Personen auf einer Versammlung ein, wohlgermerkt in einer Stadt, die 1914 gerade einmal um 20.000 Einwohner zählte. Zudem wurde berichtet, dass Tausende umkehren mussten, da die Polizei die Zugänge zum Versammlungslokal abriegelt hatte. In Lübeck waren es immerhin noch 3.000 Teilnehmer, die zu einer Versammlung strömten. Weitere

22 Siehe Vorwärts, 30.7.1914.

23 Siehe auch Nicholas Stargardt: *The German Idea Of Militarism. Radical And Socialist Critics 1866-1914*, Cambridge 1994, S.142.

24 Siehe ebenda.

25 Ebenda. Gemeint sind Angehörige des kleinbürgerlichen, rassistischen und antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands (DHV).

26 Memoiren Wilhelm Eildermann, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), SgY 30/0188/2, Bl. 393.

27 Memoiren Josef Miller, SAPMO-BArch, SgY 30/0640, Bl. 5.

größere Menschenmengen fanden sich mit 8.000 in einem überfüllten Saal in Braunschweig und in Jena im „Volkshaus“ mit 2.500 Menschen ein. In Nürnberg versammelten sich 2.000 Menschen im größten Saal der Stadt, zudem musste wegen des Andrangs eine Parallelveranstaltung organisiert werden. In Rüstringen, heute ein Teil von Wilhelmshaven, zählte man 3.000 Teilnehmer.²⁸ In Düsseldorf wurden zwölf allesamt überfüllte Versammlungen mit 15- bis 20.000 Menschen veranstaltet, und in Mannheim fanden sich mehr als 10.000 Menschen ein.²⁹ In Königsberg kamen trotz Verbotes 5.000 Menschen zusammen, Halle meldete drei Versammlungen mit 6.000 Teilnehmern, in Brandenburg an der Havel waren es 4.000, in München 5.000, in Görlitz 2.000 und in Kiel 6.000. Die Versammlungslokale sollen allerorts überfüllt gewesen sein. Darüber hinaus gab es Protestveranstaltungen in vielen anderen Städten, für die keine Zahlen vorliegen.³⁰ Bereits am 26. Juli kamen in Chemnitz 7.000 Menschen zu einer Versammlung auf dem Sportplatz Scheibe, und am selben Wochenende verabschiedete die SPD in Württemberg auf Antrag von Clara Zetkin eine eindeutige Resolution gegen den Krieg.³¹

Am 28. und 29. Juli 1914 fanden praktisch in jedem größeren Ort im gesamten Reich meist sehr gut besuchte Protestversammlungen statt. Als sicher und durch überlieferte Angaben zu den Teilnehmerzahlen einzelner Versammlungen nachgewiesen gelten Zahlen, wonach reichsweit mindestens eine dreiviertel Million Menschen beteiligt gewesen waren.³² Überschlägt man die möglichen Zahlen für die Orte, zu denen keine Angaben vorliegen, dürfte eine Gesamtteilnehmerzahl jenseits einer Million realistisch sein. In Großbritannien sprach man gar von drei Millionen in ganz Deutschland.³³ Dort, wo die Protestierenden die Tradition der sozialdemokratischen Saalveranstaltungen ablegten und meist spontan auf die Straße gingen, sorgte dies für großes Chaos. Viele Städte, allen voran Berlin, befanden sich sogar in einem regelrechten Belagerungszustand

28 Angaben nach: Vorwärts, 30.7.1914.

29 Siehe LVZ, 31.7.1914.

30 Nach: Vorwärts, 29.7.1914.

31 Siehe ebenda, 27.7.1914.

32 Siehe Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedenschlusses 1914/15, Essen 1994, S.30-32; Kevin J. Callahan: The International Socialist Peace Movement At The Eve Of World War I Revisited: The Campaign of „War against War!“ and the Basle International Socialist Congress in 1912, in: Peace and Change, Jg. 29, 2004, Nr. 2, S.147-168, hier S.168.

33 Siehe Labour Leader, 6.8.1914.

und zeigten damit eindrucksvoll auf, welche Angst die Polizei vor den Demonstrationen der Arbeiter hatte. Wohl können aus den Zahlen der Protestversammlungen und Demonstrationen keine endgültigen Urteile über massenhafte Einstellungen zum Krieg gefällt werden, jedoch lassen solche teils gewaltigen Protestbewegungen kaum den Schluss einer allgemeinen und alles übergreifenden Kriegsbegeisterung zu. Vielmehr geben sie einen Hinweis auf starke Auseinandersetzungen zwischen den Lagern der Kriegsgegner und Kriegsbefürworter. Vor allem aber zeigen sie, dass es auch Ende Juli 1914 in Deutschland eine relevante Zahl von Menschen gab, die mit großem Engagement gegen den drohenden Krieg protestierte, in dem sie keinerlei persönlichen Nutzen sondern vielmehr Gefahr und Leid sah.

Die Entwaffnung der Proteste

Einen Hinweis auf die letztlich fatale Rolle der SPD-Führung in den Juli- und Augusttagen 1914 gibt ein Vorfall in Berlin vom Abend des 28. Juli. Nachdem sich Hugo Haase und Otto Braun zuvor noch im Innenministerium getroffen und die Beteuerung der Behörden entgegengenommen hatten, nichts gegen die Proteste zu unternehmen, sorgten sie am Abend des großen Protesttages selbst für eine Schwächung der Demonstrationen: Als sich etwa 2.000 Menschen vor dem Redaktionsgebäude des „Vorwärts“ versammelten, um gegen die Kriegsgefahr zu protestieren, wurden sie nicht nur von der Polizei auseinandergetrieben, sondern auch von Vertretern des Parteivorstandes aufgefordert, nach Hause zu gehen.³⁴ Am selben Tag – dem Tag internationaler Antikriegsproteste der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas – hatte sich bereits Albert Südekum mit dem Reichskanzler getroffen und dort versprochen, „keinerlei wie immer geartete Aktionen“ durchführen zu wollen.³⁵

Das in der SPD seit Jahren fest verankerte Bestreben nach öffentlicher Ordnung und disziplinierten Demonstrationen paarte sich nun mit dem Vertrauen in die Regierung und der gewachsenen Überzeugung, mit dieser gemeinsam für die Sache des „Vaterlandes“ einzutreten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Erklärungsversuch des konservativen Historikers und ehemaligen bayrischen Staatsministers Hans Maier zu sehen,

34 Siehe Fritz Klein u. a.: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, Berlin (Ost) 1970, S.267.

35 Hans-Joachim Bieber: Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, T. 1, Hamburg 1981, S.74.

wonach sich die „Ideen von 1914“ – jenes bildungsbürgerliche und pathosbeladene Gebilde – auch mit dem Sozialismus decken würden.³⁶ Maier's antisozialistisch konnotierte Fehlinterpretation, wonach Sozialismus gleichbedeutend mit Unterordnung und Gleichmacherei sei, basiert angesichts der Sehnsucht der Sozialdemokratie nach Disziplin, Ordnung und Gemeinschaft – eben jenen Eigenschaften, die Maier mit den „Ideen von 1914“ gleichsetzte – auf einem gewissen Fundament. Intensiver beschäftigte sich Stefan Berger mit dem Problem der Militarisierung der Arbeiterbewegung: Neben der verbreiteten Verwendung von Rängen (General und Parteisoldaten) war auch die umfangreiche Vereinswelt der SPD von militarisierter Sprache durchdrungen, und sozialdemokratische Kulturvereine taten oftmals nichts anderes, als bürgerliche Hochkultur und damit auch deren gesellschaftliche Werte zu adaptieren.³⁷ Wehrpflicht und eine allgemeine Militarisierung, wie sie kein anderer europäischer Staat erlebte, hinterließen auch bei Sozialdemokraten ihre Spuren. Diese Identifikation mit dem Soldatendasein und der nationalen Solidarität dürfte 1914 ganz massiv zur Entwaffnung der vielfältigen Antikriegsproteste durch die SPD-Spitze und die Reichstagsfraktion geführt haben.

Das Versagen der SPD-Fraktion und der Parteiführung im Sommer 1914 war so vielschichtig, dass dessen Ursachen nicht vollständig erfasst werden können. Eines der Hauptprobleme bildete, dass die Partei zwar stets einen hohen Anspruch an die wissenschaftliche Fundierung ihrer Politik stellte, gerade in der Frage der Nation aber kaum auf eine entsprechende Grundlage zurückgreifen konnte. Lässt man die damals noch jungen Auseinandersetzungen mit der Thematik in den Schriften von Kautsky, Luxemburg, Bernstein und anderen aus und begibt sich zu den Wurzeln, so findet sich etwa im Werk von Karl Marx nur Rudimentäres zur Nationenfrage.³⁸ Generell stand die Außenpolitik nicht im Zentrum sozialdemokratischer Politik und nahm vielmehr eine Randstellung ein. Außenpolitik zu betreiben galt gar als gleichbedeutend mit imperialen Ambitionen. Äußere Angelegenheiten wurden in der SPD lange als autonom angesehen, und es herrschte die Ansicht vor, dass sie durch gänzlich an-

36 Siehe Hans Maier: Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 38, 1990, H. 4, S.525-542, hier S.528.

37 Siehe Stefan Berger: British and German Socialists Between Class and National Solidarity, in: Ders./Angel Smith (Hrsg.): Labour, Nationalism and Ethnicity, 1870-1939, Manchester 1999, S.31-63, hier S.44f.

38 Siehe ebenda, S.40.

dere Faktoren bestimmt werde als Wirtschafts- oder Sozialpolitik.³⁹ Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufkommende These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Deutung des nationalen Befreiungskampfes als Element progressiver Bewegung machten es der Sozialdemokratie eher schwerer als einfacher, auf die Herausforderungen der Konflikte des Imperialismus zu reagieren. Stattdessen verharrte auch die SPD auf einem Nationenverständnis, wie es 1848 vorherrschte, als die nationale Frage immer auch im Zusammenhang mit der Befreiung vom Feudalstaat gestellt wurde. Dass die Identifikation mit der Nation im frühen 20. Jahrhundert längst eines der wichtigsten Instrumente der Reaktion geworden war, verstand die Sozialdemokratie zwar praktisch anhand der Existenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie oder anderer chauvinistischer Verbände. Sie war aber nicht in der Lage, die Nationen-Problematik in der eigenen Programmatik zu lösen. Auch vermochte sie nicht, dem viel propagierten proletarischen Internationalismus mehr praktische Relevanz zu geben, als er sich in gegenseitigen Besuchen oder Auftritten ausländischer Persönlichkeiten auf SPD-Veranstaltungen äußerte.

Vor allem die von der Sozialdemokratie oft mit Verachtung bedachten Anarchisten hatten das Problem des Verhältnisses zwischen politischer Linken und Nation deutlich entschiedener gelöst. Massiver und oft auch militanter Widerstand gegen den Krieg entwickelte sich 1914 und danach vor allem aus diesen Kreisen, die eine Identifikation mit der Nation – in welcher Form auch immer diese definiert war – abgelegt hatten. In den Ländern West- und Südeuropas, in denen der Anarchismus einen viel größeren Einfluss auf die traditionellen Arbeiter- und sozialdemokratischen Parteien ausgeübt hatte, war der Schwenk zur Unterstützung des Krieges – der dort tatsächlich viel überzeugender als Verteidigungskrieg kommuniziert werden konnte, als es in Deutschland der Fall war – mit wesentlich mehr Diskussionen und innerparteilichem Widerstand verbunden.

Die mangelhafte theoretische Fundierung des Nationen- und Kriegsproblems äußerte sich vor allem im Russland-Diskurs der Sozialdemokratie. Die Nachrichten von der Generalmobilmachung des russischen Militärs am 3. August 1914 markierten den Dammbbruch in der Reichstagsfraktion der SPD. Heiner Karuscheit hat sich in seiner Studie zum Kriegsausbruch der Haltung Kautskys zugewandt. Für den damals führenden Parteitheoretiker war die Generalmobilmachung Anlass zu einer völlig-

39 Siehe Roger Fletcher: *Revisionism and Empire: socialist imperialism in Germany 1897 - 1914*, London 1984, S.34-36.

gen Kehrtwende. Noch Tage zuvor ein glühender Kriegsgegner, begründete Kautsky nun die Unterstützung der deutschen Kriegspolitik mit einem progressiven Element, das er in einem Feldzug gegen das reaktionäre Russland sah, und untermauerte diese Position mit einem Verweis auf Marx' und Engels' Haltung zum deutsch-französischen Krieg von 1870. Karuscheit stellt zu Recht fest, dass es 1914 kein progressives Ziel gab, wie es die Reichseinigung einst gewesen war.⁴⁰

Auf der Seite der Kriegsgegner blieb eine zersplitterte Parteilinke. Wie der übergroße Rest der Partei hatte auch sie die Kriegsgefahr in weiten Teilen unterschätzt. In den Jahren zuvor hatten viele ihrer Vertreter die Eskalationspolitik der deutschen Regierung und des Kaisers oftmals als politische Aufregung abgetan und als Teil der „Kriegspartei“ eingeordnet.⁴¹ Dass sich die Appelle der Antikriegsproteste des Juli 1914 bei allem überraschenden Ungehorsam und aller Spontaneität häufiger an die Reichsregierung richteten als an das international vereinte Proletariat, ist ein deutlicher Hinweis auf die fatalen Fehleinschätzungen einer Sozialdemokratie, die sich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts mehr und mehr im politischen System des Kaiserreiches eingerichtet hatte. Während dem SPD-Vorstand die kriegstreibende Rolle der deutschen Regierung spätestens ab dem 26. Juli bewusst gewesen sein musste,⁴² schrieb die Parteipresse noch immer davon, dass die Proteste auf die Reichsleitung einwirken würden.⁴³ Während die Arbeiter in den deutschen Städten protestierten, war die Parteiführung längst dabei, sie zu entwaffnen. Die Aufforderung eines Parteifunktionärs an die Arbeiter, die vor dem „Vorwärts“-Redaktionsgebäude protestierten, nach Hause zu gehen, war nur das vielleicht deutlichste Symbol der Schwächung der Antikriegsdemonstrationen.

Ein abschließendes Urteil über die Haltung einer zwar ökonomisch definierten, aber kulturell heterogenen Gruppe wie die der Arbeiter zum Krieg zu fällen, ist kaum möglich. Das verhindert bereits die unbefriedigende Quellensituation. Diese sorgt aber gleichzeitig dafür, dass auch ehemals dominierende Behauptungen, die Arbeiterschaft hätte sich mit Begeisterung in den Krieg gestürzt und „ihre“ Partei zum patriotischen

40 Siehe Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, Hamburg 2014, S.239.

41 Das war selbst zeitweilig bei Rosa Luxemburg der Fall. Siehe Georges Haupt: Der Kongreß fand nicht statt. Die sozialistische Internationale 1914, Wien-Frankfurt/Main-Zürich 1967, S.165.

42 Siehe Kruse, Krieg, S.47f.

43 Siehe Vorwärts, 31.7.1914.

Schwenk gedrängt, nicht haltbar sind. Im Gegenteil geben die massiven Proteste am Vorabend des Weltkriegs einen Hinweis auf gänzlich andere Einstellungen. Hinzu kommt, dass die wenigen Quellen, die nicht unter dem Einfluss der herrschenden bürgerlichen Hegemonie entstanden sind, ein Bild zeichnen, das eher von Angst und Sorge vor dem kommenden Krieg zeugt. Die Furcht vor dem Tod, dem Ausfall des Familienernährers oder vor Versorgungsmangel war für die Mehrheit der Bevölkerung sehr viel lebensnäher als die pathetischen Schlachtgemälde bürgerlicher Intellektueller und deren Fantasien vom Weltenbrand. Trotzdem zeigte die Inszenierung des „Augusterlebnisses“ von 1914 bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ihre Wirkung. Die beständigste Auswirkung dieser Inszenierung des konservativ-nationalen Bürgertums ist, das Versagen der Sozialdemokratie zu rechtfertigen, umzudeuten und dadurch zu legitimieren.